



## Betriebsgeräusche in der Bürgergeld-Ära

Eine erste Zwischenbilanz – von der Berliner Erwerbsloseninitiative Basta

In: *express* 2/2023

Die Regierung ist zufrieden, sie hatte damit geworben, dass mit dem Bürgergeld alles einfacher wird. Auch die Tagesschau und die Bildzeitung haben das bestätigt. Jetzt scheint alles gut, Hartz IV wurde überwunden. Allerdings hat die SPD zurecht darüber ihre Wählerschaft verloren, denn sie ist keine (und es gibt derzeit auch keine) sozialdemokratische Partei.

Der Politikrahmen, in dem gehandelt wird, ist zentralistisch, liberal und nationalistisch. Die FDP hat sich in diese Regierung begeben, um ihre linksliberale Wählerschaft zurückzugewinnen, die sie an die Grünen verloren hatte. Und gäbe es eine linke parlamentarische Kraft, wäre für sie eine sozialdemokratische Politik derzeit nicht umsetzbar, sie würde blockiert.

Dabei wäre sozialdemokratische Politik ein Fortschritt zu jetzigen Verhältnissen, wie z.B. der Berliner Mietenstopp gezeigt hat. Nach Einführung des Mietenstopps wurde dem Land Berlin von der Bundesregierung die Gesetzgebungskompetenz entzogen. Für Berliner Mieter:innen war das eine Katastrophe.

Berlin hat als Hauptstadt einen besonderen Status. Die Stadt hat Vorbildcharakter, ist Testlabor für den Bund. Was in Berlin geht, das geht auch woanders – und umgekehrt: Wenn sich der Mietenstopp in Berlin hätte durchsetzen können, wäre die Bundesregierung in Erklärungsnot geraten. Das war mit Bonn anders, das war keine autonome Hauptstadt, die sich selbst regierte. Deshalb hat die Bundesregierung ihr Prunkviertel inklusive Bundesnachrichtendienst mitten in die Hauptstadt gepflanzt – so kann sie alles abriegeln lassen. Hauptstadt sein, das ist auch ein Wirtschaftsfaktor. Berlin hat eine Anziehungskraft über den Tourismus, die Mode, die Kultur, den Film – und billige Arbeitskräfte.

Mit dem Bürgergeld scheinen nun Regularien zu greifen, die keine Skandale heraufbeschwören, wie mit Hartz IV immer wieder. Die Regularien scheinen geschmeidiger. Rund sechs Wochen mit dem neuen Bürgergeld sind ins Land gezogen. Doch in dieser kurzen Zeit haben wir so viele Klagen begleiten müssen wie nie zuvor. Das neue (und alte) Zauberwort heißt »Mitwirkungspflichten – und raus bist du«. An den Mitwirkungspflichten hat sich auch mit dem neuen Bürgergeld erstmal nichts geändert. Die altbekannte Antragsverschleppung scheint nach unseren Erfahrungen nun ersetzt worden zu sein durch umgehende Antragsablehnungen.

Abgabebescheinigungen, die das lindern würden, gibt es nicht. Diese würden immerhin belegen, dass leistungsrelevante Unterlagen eingereicht wurden, so dass ein Antrag bewilligt werden kann. Jobcenter sind derzeit verwaiste Orte, aus denen aber viele Briefe ausgespuckt werden.

Im Folgenden einige Beispiele für die Praxis seit Einführung des Bürgergelds:

1. Das Jobcenter lädt dich ein ins Leistungsteam, um mit dir zu reden. Vier Leute warten auf dich – und schon wollen diese fremden Leute dich in deine Wohnung zurückbegleiten.
2. Eines der größten Berliner Wohnheime ist voller Kakerlaken, du fragst nach einer neuen Unterkunft für dich und deine Kinder. Deine Zuweisung wird zurückgezo-

- gen. Wer sich beschwert, muss das Drecksheim nun selbst bezahlen und bekommt keinen anderen Platz.
3. Die Polizei nimmt dir dein Handy ab, du bist schwarz, also Drogendealer. Alle deine wichtigen Kontakte und Daten sind auf dem Handy. Auch die Unterlagen, die du zur Beantragung von Arbeitslosengeld benötigst.
  4. Du bist verheiratet mit einer EU-Bürgerin, die Polizei kontrolliert dich und quetscht dich aus, über welche Grenze du illegal eingewandert bist. Dein Pass ist danach weg und du bekommst eine Grenzübertrittsbescheinigung. In Folge verweigert das Jobcenter die Zahlung, weil nun unklar sei, ob nicht Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden müssten.
  5. Du hast seit sechs Monaten kein Geld vom Jobcenter bekommen. Du wurdest von der BVG kontrolliert. Das Inkassounternehmen, an das die BVG deine Schulden weiterverkauft hat, will nach einem Monat 187 Euro. Mit einem Bewilligungsbescheid und dem seit 2023 gültigen Berechtigungsnachweis für die BVG wäre das nicht passiert.
  6. Dein Arbeitgeber geht in Insolvenz, die Bundesagentur verweigert dir Insolvenzgeld, weil du die Firma nicht zu fassen kriegst, um die Papiere der BA auszufüllen.
  7. Deine Klitsche zahlt unter Mindestlohn, den du einforderst. Daraufhin feuern sie dich. Das Unternehmen ist nicht mehr erreichbar. Jetzt hast du nach Meinung der Arbeitsagentur deine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet – Sperre.

An entscheidenden Punkten steht das Bürgergeld in der Kontinuität von Hartz IV. Auch mit dem Bürgergeld wird dafür gesorgt, einem wie auch immer gearteten Arbeitsmarkt die Leute vor die Füße zu werfen, zu allen Konditionen und mit harten Konsequenzen für die Vielen, deren Aufenthalt oder Arbeitnehmereigenschaft daran hängt.

*Kontakt und weitere Informationen: <https://bastaberlin.de/>*

***express** im Netz und Bezug unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)*

**express** / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

*Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:  
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12*